



Nr. 250. Mittag-Ausgabe.

Zweihundertsigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verslag.

Mittwoch, den 1. Juni 1881.

Der letzte Abschnitt der Reichstagsession.

Unser Berliner Correspondent berichtet:

Die in letzter Zeit in vielfachen Variationen verbreitete Angabe, wonach der Bundesrat dem Reichstage noch in letzter Stunde der Session und Legislaturperiode eine große Menge neuer Vorlagen unterbreiten würde, dürfte sich als mindestens übertrieben herausstellen. Zunächst werden die beiden Handelsverträge zwischen Österreich und der Schweiz zur Verhandlung gelangen. Wie weit denselben ferner Beschäftigung aus der Abmachung mit Hamburg erwachsen möchte, hängt zunächst davon ab, welche Stellung die Hamburger Bürgerschaft zu dem Vertrag einnimmt, und hierbei sei gleich bemerkt, daß Personen, welche mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind, in diesem Augenblick durchaus nicht für angezeigt halten, daß man sich zu optimistischen Vorstellungen in dieser Beziehung hinneigen möchte. Wird der Vertrag angenommen, so würde die Frage des Reichsantheils an den Kosten und möglicherweise auch wegen einer anderweitigen Formulierung des § 34 der Verfassung den Reichstag beschäftigen. Dagegen weiß man in unterrichteten Kreisen nichts von der augenblicklich beabsichtigten Vorlage, welche die Dynamit-Fabrikation lediglich durch den Staat ausgeführt wissen wollte. Soviel steht indes verbürgt fest, daß jetzt regierungseitig als Termin für den Schluß der Session der 22. oder 23. Juni in Aussicht genommen ist. Damit würde also die Session nach Wiederaufnahme der Arbeiten am 9. f. Mts. höchstens zwei Wochen dauern, während die Parlamentscampagne des vorigen Jahres bekanntlich am 3. Juli schloß. Die einzige Befürchtung geht dahin, ob der Reichstag bis Ende Juni beschlußfähig zu erhalten sein wird. — Die ersten Arbeiten des Reichstages nach den Ferien werden der Berathung der Handelsverträge gewidmet sein, deren Ratifikationen bekanntlich bis 30. Juni ausgewechselt sein müssen. Man wird die erste und zweite Lesung mit einander verbinden. Die Zustimmung des Reichstages zu beiden Verträgen ist zweifellos und damit kaum mehr zu erwarten, als eine allgemeine Debatte, in welcher sich noch einmal Freihändler und Schutzzöllner messen werden.

Die zweite Lesung des Unfallversicherungsgesetzes.

Unser Berliner A-Correspondent schreibt unter dem 31. Mai:

Die zweite Berathung des Unfallversicherungsgesetzes in heutiger Reichstagsitzung ist noch nicht so weit gefördert, daß sich übersehen ließe, ob Aussichten auf einen erfolgreichen Compromiß entstehen könnten. Bis jetzt ist nur eine große Sehnsucht nach solchem beim Centrum zu spüren. Nachdem der Reichskanzler die monopolistische Reichsversicherungs-Anstalt zu Gunsten der monopolistischen Landesversicherungs-Anstalten, genau so, wie einstmal in Preußen das Reichseisenbahnsystem zu Gunsten des Staatseisenbahnsystems hat fallen lassen, bildet ja das einzige wesentliche Hindernis, um zwischen dem Centrum einerseits und Fürst Bismarck, den Deutschconservativen und den Socialdemokraten andererseits eine Einigung über das vom Reichskanzler so entschieden befürwortete kühne Project zu Stande zu bringen, der Reichs- oder Staatszuschuß zu den Versicherungsprämien, den der Reichskanzler als unerlässliche Bedingung bezeichnet und damit den Beifall aller Socialdemokraten (ob auch viele ihrer Stimmzettel, wird die Zukunft lehren) in reichem Maße ernten müßt. Der Compromißvorschlag der Deutschconservativen, den Zuschuß vorläufig nur auf fünf Jahre zu bewilligen, hat ja die Analogie des verlängerten Militärleistungsmats und der verlängerten Zeitdauer des Socialisten-Gesetzes für sich, aber diese Analogie wäre doch nur für National-liberale, nicht für das Centrum verlockend. Ein kluger Mann des Centrums hat aber einen andern Gedanken — natürlich nur versuchswise und ohne Beschuß seiner Fraction in die private Discussion vorgeworfen: Man nimmt den großen Fonds für das Reichstagsgebäude, verteilt ihn unter die Einzelstaaten als Dotiration zu ihren monopolistischen Landesanstalten für die Unfallversicherung der Arbeiter und das große Problem ist gelöst, wie man die Staatsbeihilfe des Reichskanzlers erzielt, ohne von dem katholischen Bruder Bauer sich den Vorwurf zuzuziehen, daß schließlich er aus seiner Tasche dem „Schlotjunker“ oder industriellen Arbeitgeber die Haftspflicht für die Unfälle seiner Arbeiter durch Baarzahlungen abnimmt. Wie sich Bismarck zu diesem genialen Gedanken eines compromisswütigen Centrumsverhältnisses verhält, weiß man noch nicht; die „Germania“ versichert, daß sie selbst denselben „trotz mancherlei gewichtiger Bedenken nicht von vornherein absolut abweisen möchte.“ Das ist deutlich genug. Aus der heutigen Reichstagsverhandlung dürfte die Rede des Abg. Lasker für den von der Fortschrittspartei eingebrachten Gesetzentwurf zur Erweiterung der Haftspflicht hervorzuheben sein, sowie die Rede Liebknechts mit der gewiß aus voller Überzeugung abgegebenen Versicherung, daß jetzt nicht der Reichskanzler die Socialdemokraten habe, sondern die Socialdemokraten ihn! Für den Antrag Kleist-Reizows auf eine beschränkte Ausdehnung der Haftspflicht auf landwirtschaftliche Arbeiter stimmten konsequenter Weise außer den Deutschconservativen und Socialdemokraten auch die entschiedensten Gegner dieser beiden Parteien, die Fortschrittspartei und die Secessionisten. Über die Frage, ob Centralisation oder Decentralisation der Versicherung, oder ob event. Reichsanstalt oder staatliche und provinzielle Versicherungs-Anstalten hält vor Schluß der Sitzung der Abg. Richter (Hagen) eine eingehende, die technischen Seiten des Versicherungswesens vorzugewisse behandelnde Rede.

Deutschland. O. C. Reichstags-Verhandlungen.

53. Sitzung vom 31. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrates v. Böttcher und Commissarien.

Ein Antrag des Staatsanwalts beim kaiserlichen Landgericht zu Straßburg auf strafrechtliche Verfolgung der dort erhebenden „Presse“ wegen Beleidigung des Reichstags wird an die Geschäftsordnungs-Commission verweisen.

Das Haus tritt in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter ein. Der § 1 der Vorlage enthält verschiedene Punkte von prinzipieller Bedeutung: 1) Die Bestimmung der Betriebe, deren Arbeiter zu versichern sind; 2) die Forderung der Zwangsversicherung; 3) die Bestimmung über die Höhe der zu versichernden Lohnbezüge und 4) die Frage, ob Reichs- oder Landesanstalt.

Das Haus wird über den § 1 zunächst nur, soweit er sich auf die ersten beiden Punkte bezieht, verhandeln.

Nach der Vorlage sollten versichert werden alle Arbeiter, die in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, in Anlagen für Bauarbeiten, in Fabriken und Hüttenwerken beschäftigt sind.

Die Commission hat außerdem noch diejenigen Eisenbahn- und Schiffsbahnbetriebe dem Gesetz unterstellt, welche einen integrierenden Theil eines unter das Gesetz fallenden Betriebes bilden.

Hierzu liegt ein principieller Gegenantrag der Fortschrittspartei (Ausfeld und Genossen) vor, der einen neuen Gesetz-Entwurf, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für Tötungen und Körperverletzungen im Gewerbebetrieb vorschlägt: es soll das bestehende Haftpflichtgesetz über seine bisherige Gültung ausgedehnt werden, namentlich auch auf die Land- und Forstwirtschaft, ferner soll die Beweislast dem Arbeitgeber auferlegt und derselbe gezwungen werden, seine Arbeiter gegen alle Unfälle zu versichern.

Die andern Anträge schließen sich an die Commissionsvorschläge an.

Die Abg. Eysoldt u. Gen. beantragen für den Fall der Ablehnung des principiellen Antrages der Fortschrittspartei eine Ausdehnung des Gesetzes auf die Land- und Forstwirtschaft und auf die Unternehmungen zur gewerbsmäßigen Beförderung von Personen und Gütern zu Wasser und zu Lande.

Ein ähnlicher Antrag geht von den socialdemokratischen Abg. Auers u. Gen. aus, welche aber außerdem noch die Herstellung von Chemikalien, Explosivstoffen und Farben dem Gesetz unterstellen wollen.

Abg. v. Kleist-Reizow beantragt, die landwirtschaftlichen Arbeiter ebenfalls zu versichern, sofern sie bei Maschinen, welche nicht lediglich durch Menschkräfte bewegt werden, beschäftigt sind.

Referent v. Herlitz führt aus, daß die Commission in ihrer Mehrheit den von der Regierung vorgeschlagenen Versicherungszwang adoptiert, die weitere Ausdehnung der Haftspflicht dagegen und demgemäß den darauf zielenden Antrag verworfen habe. Er empfiehlt unter Hinweis auf den ausführlichen schriftlichen Bericht die Annahme der Commissionsvorschläge.

Abg. Freund: Der Antrag, den meine Freunde und ich gestellt haben, unterscheidet sich von der Regierungsvorlage nur hinsichtlich der Methode, nach welcher die Aufgabe eines derartigen Gesetzes zu lösen ist. Es ist unzweckhaft, daß der Arbeiter gegen die Gefahren des Maschinenbetriebes, wie er sich in den letzten Jahrhunderten entwickelt hat, gesetzlich zu schützen ist.

Die Lösung dieser Aufgabe ist bereits im Haftpflichtgesetz von 1871 versucht worden. Die segensreichen Wirkungen desselben bestanden in der Anwendung einer großen Schutzmaßregeln von Seiten der Unternehmer. Die Mängel jenes Gesetzes werden auch von uns nicht verkannt. Sein Hauptmangel lag in dem unbestimmten Umfang der Erfüllung. Dieser Mangel wurde aber dadurch befehligt, daß die Interessentenkreise die Arbeiter über die Grenzen des Haftpflichtgesetzes hinaus zu sichern sich bemühten. So entstanden Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften, welche in erfolgreicher Weise die Arbeiter vor Roth in Folge von Unfällen bewahrten.

Damit war ein Fingerzeig gegeben für die Vervollständigung jenes Gesetzes. Wir sind der Meinung, daß dieselbe sich nur im Rahmen des Haftpflichtgesetzes bewegen und in der Ausdehnung desselben gipfeln müsse, wie wir sie im § 1 unseres Gesetzentwurfs vorgeschlagen haben. Der selbe gibt eine hinreichende Rechtsgrundlage, auf welcher die Arbeiter eine Befriedigung ihrer Ansprüche erlangen können. Durch diese Ausdehnung des Schutzes der Arbeiter, durch die Ausdehnung der Kategorien und die Gewährung von Vorzugsrechten geben wir dem Arbeitgeber ein Compelle, weitergehende Vorzugs- und Schutzmaßregeln anzuwenden als bisher; denn dem Arbeiter muß doch mehr an dem Behalten seiner gefundenen Glieder als an dem Ersatz für einen erlittenen Unfall liegen. Führen Sie aber obligatorische Unfallversicherungen ein, so muß notwendigerweise das Interesse für Schutzmaßregeln ermaten, wenn nicht verschwinden.

Die Unfallversicherungen würden aber noch den weiteren Nachteil haben, daß sie die bereits bestehenden Arbeitergenossenschaften, wie Kranken- und Hilfsfassen, die sich freiwillig zusammengetan haben, in Frage stellen.

Jene haben die communis opinio für sich, daß neue Gesetze nur ein Experiment, dort wird alles gedeckt, was gedeckt werden kann, hier ist alles zweifelhaft. Ist denn der Staat wirklich im Stande, daß zu halten, was er verspricht? Ich will nicht untersuchen, ob er billiger ist. Er hat aber nicht die Möglichkeit, begangene Fehler in raschen Intervallen zu verbessern, er kann es bei der Art seiner Organisation nicht thun. Greift er in finanzieller Beziehung die Säcke zu niedrig, dann muß die große Masse der Steuerzahler eintreten, greift er zu hoch, so belastet er die Industrie, während sich dies bei Privatanstalten durch einen größeren oder kleineren Gewinnanteil ausgleicht. Sonach glauben wir, daß unser Antrag wohl gerechtfertigt ist und zwar in seiner prinzipiellen Gegenüberstellung der Mittel und Wege gegenüber der Regierungsvorlage. Ich bitte Sie also, unser § 1 anzunehmen, den § 1 der Vorlage aber abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. v. Kleist-Reizow: Der Abg. Bamberger erklärte bei der ersten Berathung dieses Gesetzentwurfs den Tag seiner Einbringung als eine moderne Cassandra für einen dies nefastus und sagte die unheilvollest Folgen davon für das Reich vorans, allerdings für das Staatswesen, das er liebt, den Nachwächterstaat im Gegenzug zu dem, der die Vorlage bringt. Er hat nicht Unrecht: der Nachwächter geht einsam, von mattem Laternenlicht beleucht, durch die leeren Straßen, hört nur seinen Tritt, seinen Ruf, seine Lieder und zieht sich beim ersten Strahl des Morgengrauens in seine Behausung zurück. (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, wenn dieser Gesetzentwurf eine weitere Vereinbarung der Regierungen und des Reichstags, eine fortgesetzte Gesetzgebung auf christlicher Grundlage zur Folge hätte, so würden wir in der That einem neuen Tage entgegenziehen und der Nachwächterstaat des Dr. Bamberger flöge wie der Schatten der Nacht dahin. (Beifall rechts.) Die Socialdemokratie als solche nimmt für sich mit Unrecht den Begriff der Arbeit allein für den Handarbeiter in Anspruch, auch die geistige Tätigkeit hat Last und Segen der Arbeit. Aber die körperliche Arbeit, der Körper des Arbeiters, der Handarbeiter erfordert eine besondere Berücksichtigung und Fürsorge des Staates. Das Capital des Handarbeiters, seine Arbeitskraft, verzehrt sich in seinem Mannesalter. Bei seiner materiellen Beschäftigung hat er keine Neigung zum Sparen. Der Druck jeder Stützung in der Erwerbstätigkeit fällt zunächst auf ihn. Um des täglichen Brotes willen muß er sich die Ermäßigung des Lohnes gefallen lassen, soweit er nur eben ausreicht, sein Leben notdürftig zu fristen. Kommen dann bessere Zeiten, so sieht er sie als Entzelt für die vorhergehende Entbehrung an und denkt nicht daran, für die Zukunft zu sparen. Die nach unserer Wirtschaftsordnung auf sich selbst gestellten Handarbeiter kommen vermöge ihrer wirtschaftlichen Schwäche in unerheblichen Scharen, gebrängt von den wirtschaftlich Stärkeren und suchen Schutz an den Thoren des Staates, der ihnen mit der Ueberweisung an die Armenpflege der Gemeinden antwortet. Eine solche Hilfe kommt zu spät, weil dann die Selbstständigkeit des Arbeiters schon verloren ist, und sie ist ungünstig, weil die Gemeinden in Folge der Überlast der aufgebürdeten Pflichten nur das Notdürftigste gewähren, soweit, daß er eben nicht dem Bettel verfällt.

Die älteste Gesetzgebung, welche wir kennen, verheist ihrem Volke, daß unter ihm kein Bettler sein dürfe. Arme wird das Volk alle Zeit unter sich haben, aber die Armen werden nicht allein auf die Hilfe der Besitzenden angewiesen — das geschieht auch — sondern dieser Geist, der Geist des ganzen Volkes反映irt in der Gesetzgebung, in der wir die bestimmten Institutionen haben, die Verpflichtung der Besitzenden für die Besitzlosen, der Reichen für die Armen. Ich führe an die Ruhe des Knechtes und der Magazin am siebten Tage, das Rüttausbeuten des Hilfsbedürftigen durch Bucher, das Hingeben des Beutens in jedem dritten Jahre für den Frieden, die Witwen und Waisen, das Nichtbearbeiten des Landes im siebten Jahre, damit der Arme davon esse, das Freigeben des Knechtes im siebten Jahre, das Zurückgeben jeder Habe in jedem 50. Jahre. Wenn das die mosaïsche Gesetzgebung gethan hat, wie viel größer und tiefer muß die Erkenntniß der Pflicht des christlichen Volkes sein, durch die Gesetzgebung Fürsorge zu treffen für diejenigen, die ihrer bedürftig sind. Der Abgeordnete Richter hat gemeint, dies damit zu befehlen, daß er sagt: Das ist nichts weiter, als daß eine solche Gesetzgebung stattfindet im 19. Jahrhundert, das ist der Geist des 19. Jahrhunderts. Nun in diesem 19. Jahrhundert finden wir auch die Nihilisten in Russland, die Socialdemokraten bei uns, die Communisten in Frankreich, die Erfeinde des Christenthums, und dieser

Theil des Geistes des 19. Jahrhunderts soll für eine Gesetzgebung maßgebend sein, die man als eine christlich bezeichnet. Auch das Manchesterthum ist in weiten Schichten in 19. Jahrhundert verbreitet, denen wahrer und treuer Repräsentant in dieser Verfammlung zu sein Herr Dr. Bamberger selbst nicht leugnen wird. Aber unmöglich werden Sie und er behaupten, er sei der Repräsentant des christlichen Geistes. Abg. Richter: Nur sagen Sie doch einmal, was ist den Menschen? Abg. v. Kleist: Darauf werde ich Ihnen später antworten. Präsident von Göbler: Ich bitte den Redner nicht durch Zurne zu unterbrechen, die ihn vor seinem Gedankengange abbringen. Der Redner fährt fort:

Der Abg. Richter hat vollkommen Recht, wenn er sagt, daß Christentum habe keine formulirte Gesetzgebung. Nein, die hat es nicht, aber es legt sich als ein Samen in die Herzen der Menschen und erfüllt sie, ihre Gedanken und Handlungen. Darum verlangt ein christliches Volk als solches, daß auch seine Gesetzgebung, die öffentlichen Ordnungen von diesem Geiste getragen werden, wenn nicht das, was der Abg. Richter als den christlichen Geist des 19. Jahrhunderts bezeichnet, die ganze Civilisation des 19. Jahrhunderts, die freilich von christlichem Geist getragen, durchzogen und durchsetzt ist, von der Socialdemokratie unterminirt werden soll, wo dann Herr Richter und seine Freunde keinen Finger gegen sie aufheben werden, deren Hilfsarbeiter im Gegenteil ihre Tendenzen sind. (Oh! links. Sehr richtig! rechts.) Eine derartige Gesetzgebung ist nicht, wie sie beschuldigt werden ist, an sich eine socialdemokratische, vielmehr gerade das Gegenteil davon. Die Socialdemokratie will den Unterschied zwischen Arm und Reich vernichten: das vermag sie nicht, so wenig sie den Unterschied von Alt und Jung, Mann und Frau, Gut und Böse vernichten kann. Diese Gesetzgebung will den Unterschied mildern, ihr fruchtbar, zum Segen machen für beide Theile. Die Socialdemokratie als solche weiß, daß sie den Unterschied auf dem Wege der Überzeugung, wie diese Gesetzgebung es will, auf dem Wege der Gesetzgebung niemals wegbringen wird, sondern durch die Verstörung der gegenwärtigen Staatsordnung, — ein klaender Unterschied! Eine derartige Gesetzgebung geht in der That von dem Willen und dem Gebote Gottes aus, davon weiß die Socialdemokratie nichts, die ihre Menschen-Erfahrung an die Stelle der Vorlesung Gottes setzt. Sie geht aus von der Erfahrung, die wir täglich vor uns haben, daß die Scharen der hilfsamen Arbeiter, von socialdemokratischen Agitationen verführt, sich zu ihnen hinwenden und dem Staat den Rücken fehren. Eine solche Gesetzgebung hat daher in der That die Aufgabe aus Rücksicht, aus Herablassung zu diesen Volksklassen sie davon zu überzeugen, daß der Staat nicht bloß das Mein und Dein der Reichen schützt, nicht bloß ein Executor ihres Willens, sondern bereitwillig ist, Ordnungen zu treffen, nicht unmittelbare Verwendungen, von denen hierbei gar nicht die Rede ist, statliche Ordnungen, wo sie das Bewußtsein haben: das gilt dir, das beruht auf deinen Verhältnissen, das will dir wohlthun! (Beifall rechts.)

Bei meiner wirklichen Hochachtung für Herrn Dr. Bamberger hat es mir wehe gethan, daß er eine derartige Gesetzgebung mit den Schneiders in den verfallenen Zeiten der Republiken von Athen und Rom, die Überhäufung mit Wohlthaten aus Berathung des Menschen mit der wirklichen Verantwortung derselben Liebe zu diesem Volke in Parallelen stellen könnte. Darum hat eine solche Gesetzgebung auch ihr Ende, wo sich die strafende Gerechtigkeit geltend machen muß, und verträgt sich sehr wohl mit dem Staat Friedrich Wilhelm I., was Dr. Bamberger leugnet. Sie verlangt da, wo Schuld vorhanden ist, Todesstrafe bis zur Anwendung körperlicher Füchtigung herunter bei Liederlichkeit und Bosheit, im Gegensatz zu den liberalistischen, humanistischen, weichen Urtümern, die gegenwärtig in Folge unserer Gesetzgebung auch unser Volk zu beherren drohen. Was ist denn das Hilfsmittel dagegen, daß die hilfsbedürftigen Arbeitern nicht bloß der Armenpflege der Gemeinden überwiesen werden? Das, m. H., daß man die engsten Kreise sucht, mit denen sie bei ihrer Arbeit in Verbindung geblieben haben, daß man sie, soweit es möglich ist, wieder mit den Arbeitgebern in Verbindung bringt, für die sie in der Vollzeit ihren Jahre, vom 20. bis zum 60. Jahre, ihrerseits deren Capital und geistige Begabung nutzbar gemacht haben, daß sie nachher in ihrem Alter von dem Erwerben, den sie durch ihre Arbeit in der Vollzeit ihrer Jahre gehabt, davon ihr Ruhgehalt, ihr Auskommen haben. Darum kommt es darauf an, soweit wie möglich, den Besitzlosen mit dem Besitzenden, den Arbeitern mit dem Arbeitgeber wieder zusammenzubringen. Kräftige Innungen sollen das zu nächst für den Handwerkstand erreichen und allmälig muß dasselbe erreicht werden für die großen Grundbesitzer, für die Fabrikanten.

Fahrt in ganz Norddeutschland sagen unsere Arbeiter, wenn es sich um ihre Unterbringung beim Unterkünftungswohnung handelt: Da ich mein Fleisch gelassen habe, da will ich auch meine Knochen lassen, in den Verbindungen, in denen ich während der Vollzeit meiner Jahre gearbeitet habe, da gebührt mir auch die Erfüllung oder die Arshälfte für mein Alter. Zunächst hat der Abg. Stumm, mich bestimmt, diesen fruchtbringenden Gedanken rücksichtlich der Fabrikarbeiter in das Haus gebracht. Mit Recht wurde ihm erwidert, daß er die Freizeitigkeit befürwortet, da der aus der betreffenden Fabrik Austrittende das schon eingeholtene verlässt. Aber dem Gedanken dürfen wir nicht den Rücken kehren, auch protestieren. Um Himmelswillen, das ist nur eine Rente, da kommen wir niemals hin. Der Stumm'sche Gedanke muß ausgedehnt werden auf die großen Grundbesitzer und auf diejenigen Arbeitgeber, die eine bestimmte, mäßige Anzahl von Arbeitern dauernd beschäftigen. (Austimmung rechts.) Ist das der Fall, dann kann der Betreibende von einem Fabrikationsplatz zum andern, von einer Tätigkeit zur anderen übergehen. Eine und dieselbe Kasse für das ganze Reich muß dann freilich für die betreffenden Arbeitern ihre Rente haben, statt der Liebhäuser mit diesen kleinen Räumen. Wo er dann auch ist, was für ihn bezahlt wird, ob er nichts bezahlt, ob er in einem anderen Betrieb übergeht, ob er krank ist oder nicht, hat keinen anderen Erfolg, als daß die Rente, die ihm im Alter zu Theil wird, sich darnach erhöht. Es ist das keineswegs schwer, wie man sich das denkt. Der Arbeiter, der vom 20. bis 60. Jahre jährlich 10 M. an die Wilhelmshafen zahlte, der bekommt vom 60. Jahre an eine Rente von 100 M., in unserem Bereichsverein ein wahres Capital, und wenn auch gerade kein großes Grundbesitz im Allgemeinen eine Armenpflege nicht findet, so wehren sich doch schon gegenwärtig Gemeinderäte, eine Familie einzunehmen, in der ein alter Arbeiter, ein Vater, Schwiegervater ist. Kommt er mit einem solchen Capital von 100 M., so ist ein willommener Gast, in Württemberg bei Herrn v. Böttcher 10 M., wie bei uns in Pommern. Und wie gern wird der Großbürger 10 M., der Fabrikbesitzer 20 M. geben, wenn dadurch die Stetigkeit der Arbeiter gewonnen wird, und Welch ein Segen für das Reich, dadurch eine sparsame, zufriedene Bevölkerung hergestellt! Das Haftpflichtgesetz wird also zum Ziele führen.

Der Sub

hindurch erhalten. Über den casus sucht man sich mit Ausdehnung des Saches węgħelien: dominus sentit casum. Aber der Betriebsherr trägt doch nur den casus des Betriebes, nicht den der freien Persönlichkeit, es sei denn, daß Sie den freien Mann als Sklaven, als Sache betrachten, wohin Sie allerding mit Ihren Wirtschaftstheorien kommen. Lassen Sie von diesen Theorien ab und geben Sie auf den Grundfaktor der Barmherzigkeit, der Fürsorge für den armen, hilflosen Arbeiter von Seiten des Staats ein. Sie müssen geleglich feststellen, daß während der Vollkraft des Arbeiters, noch dazu in einem gefährlichen Betriebe, sein Lohn groß genug sein muß, um außer dem nötigen Unterhalte die erforderlichen Versicherungsprämien decken zu können. Die Lebensversicherungsanstalten, in denen ich eine Fügung der Vorstellung erbringe, geben uns die Mittel an die Hand, ein solches Gesetz auf Grundlage driflicher Annahmungen herzustellen.

Was nun den Antrag betrifft, der meinen Namen trägt, so halte ich eine Ausdehnung des Gesetzes auf die ganze Landwirtschaft für unzulässig, da dasselbe sich nur auf gefährliche Betriebe bezieht, die Landwirtschaft als solche aber kein gefährlicher Betrieb ist. Allerdings kommen im Umgang mit Vieh mehr Unfälle vor, als beim Betrieb selber, aber deshalb, weil die Landwirthe viel mehr Vieh halten als Maschinen. Überdies paßt eine solche Ausdehnung des Gesetzes nicht in den Rahmen dieses Gesetzes, weil dasselbe vom Betriebsunternehmer ausgeht, eine große Anzahl kleiner Arbeiter aber zugleich ihre eigenen Betriebsunternehmer und ihre eigenen Arbeiter sind. Die Landwirtschaft verlangt für sich kein Privilegium, sie will aber auch nicht schlechter gestellt sein, als jedes andere Gewerbe. Soweit sie in den Rahmen dieses Gesetzes gehört, will sie nicht ausgeschlossen sein. Es ereignen sich in den gefährlichen Betrieben der Landwirtschaft eine Reihe schwerer Unfälle, von denen allerdings ein großer Theil auf diejenigen Betriebe entfällt, die mit einer Dampfmaschine versehen sind. Ein nicht geringer Theil wird aber auch durch Schrotmühlen, Dreidmashinen, Häckselmaschinen u. s. w. hervorgerufen, und diese Unfälle wollen Sie von dem Gesetze ausschließen? Die Gründbesitzer wenden zwar ein, sie würden dabei viel schlechter fortkommen, als die Fabrikanten, die ihre Arbeiter das ganze Jahr in der Fabrik beschäftigen, während bei ihnen die Arbeiter nur kurze Zeit beschäftigt sind. Demgegenüber steht aber das Gesetz bestimmte Unfallklassen fest, denen zufolge der Arbeiter nur nach dem Verhältnisse der Zeit seiner Beschäftigung bei der Maschine bezahlt bekommt. Wenn außerdem auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, denen dieses Gesetz die Landwirthe ausgesetzt, so sind dieselben nur mechanischer Art, und lange nicht so groß wie die für den Fabrikanten, der täglich zahlten muß. Die Landwirthe dürfen in diesen Dingen den Fabrikanten nicht nachstehen, sie sollen sich vielmehr an die Spitze der Bewegung stellen und die Aufgabe erfüllen, die ihnen zusteht. (Beifall rechts.)

Ab. Wöllmer: Auch der Vorredner hat anerkennen müssen, daß es niemals möglich sein wird, alle Unglücksfälle auf dem Wege der Versicherung auszugleichen. Derselbe Gedanke hat uns veranlaßt in erster Linie an dem Grundgedanken des Haftpflichtgesetzes festzuhalten, welcher zwar in Fällen der Selbstverhüllung dem Arbeiter keine Entschädigung gewährt, dagegen in allen andern Fällen dem Arbeitgeber die Pflicht und dem Arbeiter das Recht auf Unterstützung sichert. Sollte unser Antrag auf Erweiterung des Haftpflichtgesetzes abgelehnt werden, so beantragen wir, um zu zeigen, daß wir bereit sind, den vorliegenden Entwurf wenigstens nach Möglichkeit zu verbessern, das Unfallversicherungsgesetz auf die Landwirtschaft, Forstwirtschaft, das Baugewerbe und auf alle gewerbsmäßige Förderung von Personen oder Gütern gerichteten Unternehmungen auszudehnen. Ich erkenne gerne an, daß die Fabrikarbeiter insofern eine größere Bereitschaft auf die Unfallversicherung haben, als ihre Tätigkeit, weil sie an die Maschinenkraft gebunden ist, eine mehr automatische wird und unter freien Willen und die Selbstständigkeit der Bewegung erheblich eingeschränkt; andererseits aber sind die Gefahren in den von unserem Antrag bezeichneten Gewerben ebensfalls so groß und die Unglücksfälle so zahlreich, daß ein Ausschluß derselben nicht gerechtfertigt erscheint. Der moderne Arbeiter ist von einem soldatischen Geiste besetzt. Das Pflichtgefühl läßt ihm alle Gefahren gering achten; er tritt ihnen mit Kühnheit entgegen und läßt dabei oft die Vorsicht mehr, als im eigenen Interesse gut, aus den Augen. Nach der amtlichen Statistik belief sich die Zahl der Unglücksfälle unter einer Million in dem betreffenden Berufszweige beschäftigten Personen: in der Textilbranche auf 278 Beamte und 289 Gehilfen und Arbeiter, in der Landwirtschaft auf 399 Beamte und 778 Arbeiter, in der Forstwirtschaft auf 712 und beym. 2644, im Baugewerbe auf 7579 beym. 1953, bei der Schiffsfahrt auf 9330 beym. 5983 und beim Fuhrwesen auf 3143 beym. 644 Personen.

Die Unglücksfälle auf den Bauhöfen, d. h. solchen Arbeitsstellen, wo Baumaterialien vorgearbeitet werden, sollen schon nach der Vorlage unter das Unfallversicherungsgesetz fallen, ich glaube also, daß es gar keinen Bedenken unterliegen kann, auch die bei den Bauten selbst beschäftigten Arbeiter in das Gesetz aufzunehmen. Die dagegen geltend gemachten Gründe haben ihr Fundament mehr in bureaukratischer Bequemlichkeit als in sachlichen Schwierigkeiten. Auch die Privatversicherungs-Gesellschaften haben niemals Bedenken gegen die Versicherung der in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter gehabt. Für die Aufnahme der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Gesetz hat schon der Vorredner eine Reihe durchschlagender Gründe geltend gemacht. Wenn er dabei namentlich auf den landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb hingewiesen hat, so irrt er sich allerdings, denn die Zahl der bei den landwirtschaftlichen Maschinen vorgekommenen Unglücksfälle ist der Gesamtzahl der Unglücksfälle gegenüber verhältnismäßig gering. Unter den 1627 tödlichen Verunglücksfällen, welche im J. 1876 in der Landwirtschaft vorkamen, wurden nur 154 durch landwirtschaftliche Maschinen herbeigeführt. Die große Mehrzahl hatte ihren Grund in der Benutzung von Zugvieh und Fuhrwerk. Die Landwirthe selbst haben die dringendste Veranlassung, eine Vereinbarung in das Gesetz zu wünschen, denn eine solche würde von dem größten Vortheil für die Geschäftigkeit und Stabilität ihres Arbeiterstandes sein. Eine der größten Wunder an unserem sozialen Körper ist der gänzliche Mangel eines Hilfsfassens, wiewohl auf dem Lande. Ich erkenne gern an, daß unsere großen Landwirthe in den meisten Fällen mit alter Humanität für verunglückte Arbeiter sorgen, wo dies aber nicht der Fall, ist die Hilflosigkeit um so größer. — Auch ist es ein wesentlicher Unterschied für den Arbeiter, ob er einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung hat, oder das Empfangene nur aus gutem Willen erhält und derselben jeden Augenblick wieder beraubt werden kann. Auch für die übrigen Berufszweige beweisen die angeführten statistischen Zahlen die Notwendigkeit ihrer Aufnahme in das Gesetz. Für den Fall der Ablehnung unseres Prinzipialantrages empfehle ich Ihnen dringend die Annahme unseres Amendements.

Abg. Liebknecht: Ich bin dem Abg. v. Kleist-Rehov dankbar, daß er sich mit Entschiedenheit gegen den Nachtwächterstaat der Manchesterpartei ausgesprochen hat, und ich stimme ihm darin vollkommen bei; daß, was er aber an dessen Stelle sagen will, in nichts anderes, als der Büttelstaat, und von einem solchen will ich ebenso wenig wissen, wie von jenem. Die Behauptung, daß Gott selbst den Unterschied von reich und arm mache, ist von dem eigenen Standpunkt des Herrn von Kleist eine Art von Blasphemie. Mehr und mehr ist die menschliche Cultur bemüht, diesen Unterschied auszugleichen, und gerade weil nach unserer Auffassung der Staat diese große Mission hat, wollen wir die Staatsgewalt stärken. Nichts ist ungerechter, als die Gleichstellung der Socialdemokratie mit dem Nihilismus. Den letzteren finden Sie nur in Rußland, also gerade da, wo das Staatsideal des Herrn von Kleist seiner Verwirklichung am nächsten kommt. An Stelle des Saches: Aut Caesar aut nihil ist heute die Alternative auf Caesarianismus aut Nihilismus getreten; der Nihilismus ist das notwendige Correlat, der Gegenpol des Caesarianismus. Herr von Kleist hat uns hier die Fürsorge für die arbeitenden Klassen als eine Forderung des Christenthums hingestellt; aber vergegen Sie doch nicht, daß gerade die sogenannte Blüthezeit des Christenthums im Mittelalter, für welches die Freunde des Herrn von Kleist schwärmen, gleichzeitig die Blüthezeit der Leibeigenschaft und Knechtschaft gewesen ist. Wie kommt es denn, daß gerade die Standesgenossen des Herrn von Kleist als besondere Vertheidiger des Christenthums nicht schon längst ihren Arbeitern ein kleines Himmelreich auf ihren Gütern geschaffen haben; wie kommt es — was schon den Vorredner andeutete — daß nirgend weniger für Unglücksfälle der Arbeiter Fürsorge getroffen ist, als gerade auf dem Lande; wie kommt es, daß Ihnen Ihre Arbeiter massenhaft davonlaufen, um entweder in industriellen Bezirken Arbeit zu suchen oder auszuwandern?

Wenn Sie dem Manchesterstaat vorwürfe machen wollen, so sagen Sie zunächst vor Ihrer eigenen Tür. Ihrem Kampfe gegen das Prinzip des laisser faire schauen wir zu als tertius qui gaudet, von Ihrem Büttelstaat aber wollen wir ebensoviel wissen, wie von dem Manchesterstaat der Fortschrittspartei. Sie werfen der Socialdemokratie vor, daß sie nur regiere und nicht schöpferisch sei. Wer hat Ihnen denn den Weg gewiesen, den Sie jetzt gehen? Das ganze Kirchthurnen um den armen Mann, die sozialistischen Schlafworte, die Sie auf allen Seiten und selbst aus dem Munde des Reichsanzellers hören, die ganze Initiativ zu der jetzigen Socialpolitik, wenn anders verdanken Sie alles das, als unserer Bewegung? In unseren Zustäften wandeln Sie, wir sind die eigentlichen Urheber des vorliegenden Gesetzes. Freilich trägt dasselbe die starken Spuren des

Charakters der herrschenden Klassen, der Grundgedanke aber, daß der Staat verpflichtet ist, für den Einzelnen einzutreten, ist ein rein sozialistischer. Es verteidigt sich hier nach von selbst, daß wir, vor die Wahl gestellt, ob Haftpflicht oder Arbeitervericherung, uns für die letztere entscheiden. Das Haftpflichtgesetz hat sich in keiner Weise bewährt und wird von den Arbeitern selbst einstimmig verurtheilt. Mögen immerhin die Verbesserungsanträge, mit welchen die Fortschrittspartei jetzt dasselbe zu amendiren sucht, manche Übelstände beseitigen, die falsche Grundlage des Gesetzes kann dadurch nicht beseitigt werden. Mit Recht sagte der Vorredner: der moderne Arbeiter ist von einem soldatischen Geiste besetzt; hat man in daran gedacht, für Soldaten ein Haftpflichtgesetz zu machen? Das industrielle Gebiet ist ein Schlachtfeld, auf dem Tausende verbluten; im einzelnen Falle feststellen zu wollen, ob und in wie weit dem Getroffenen ein eigenes Verhältnis zur Last fällt, ist unmöglich. Es liegt einmal in der menschlichen Natur, daß man, in Gefahren aufgewachsen, die Gefahren nicht mehr sieht; wollen Sie nun demjenigen, der in dieser Lage zum Opfer fällt, erbarmungslos die Unterstützung versagen? Bevor Sie nicht im Stande sind, die menschliche Natur selbst zu ändern, ist dies unmöglich: Sie müssen, wie das Gesetz es will, für den Verunglückt eintraten, mag ihn eine Schuld treffen oder nicht.

Die Besorgniß, daßemand aus Bosheit selbst einen Unfall herbeiführen und sich verstimmt könne, teile ich nicht. Ein solcher Fall ist so exceptionell, daß wir darauf unsere Versicherung nicht bauen können. Uebrigens mag man in solchen Fällen den Verletzten immerhin von den Wohlthaten des Gesetzes auskönnen, wenn er nicht schon von selbst aus dem Rahmen des letzteren herausfällt. Selbst in England, der Heimat des Manchesterthums, überzeugt man sich mehr und mehr von der Notwendigkeit, der Staatsgewalt einen größeren Raum im wirtschaftlichen Leben zu gewähren, wenn sich nicht Alles atomistisch auflohen soll. Man hat so oft dem Socialismus gegenüber die staatsverhaltenden Kräfte aufgerufen, die vornehmste staatsverhaltende Kraft ist der Socialismus selbst, der älter ist, als das Christenthum. Nur er vermag der centrifugale Tendenz, welche die sich selbst überlassene Gesellschaft auflost und zerstört, ein wirkliches Gegengewicht zu geben, und die allgemeine Empfindung dieses Bedürfnisses ist es, welche dem Reichsanzler seine gewaltige Macht verleiht. Was ist natürlicher, als daß das Volk, wenn es den Boden unter seinen Füßen mannt fühlt, sich nach einer Diktatur sehnt, unter deren Schatten es sich sicher glaubt? Dieselben Zustände, welche den Cäsarismus Napoleons III. in Frankreich begünstigten, haben auch bei uns den Reichsanzler so mächtig gemacht. Ware Fürst Bismarck nicht da gewesen, die Verhältnisse würden ihn geschaffen haben. Die Logik der Thatsachen ist eben stärker als die Menschen, und es ist durchaus natürlich, wenn der Reichsanzler, der früher nach seinem eigenen Gesetz im Schlepptau der Freihändler sich bewegte, später in das Schlepptau des Schanzjöller genommen wurde und sich jetzt im Schlepptau des Socialismus befindet. (Heiterkeit.)

Fürst Bismarck glaubt uns zu haben, aber wir haben ihn. Daß dieses Gesetz nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bildet, liegt auf der Hand. Es ist nur die Spitze des Eisels, der in unsere soziale Gesetzgebung getrieben wird; das dicke Ende wird noch kommen und ich verdenne es deshalb den Herren von der liberalen Partei gar nicht, daß sie vor dem Gesetz Furcht empfinden. Die vollständige staatliche Regelung unserer industriellen Verhältnisse ist die notwendige Consequenz derselben (Hört! links), und bei der Charkheit des Reichsanzlers, für die uns seine Stellung bürgt, wird er diese Consequenz ziehen müssen. Auf diesem Wege marschieren wir zusammen, aber nicht wir an seinen Rockbüchsen. Es ist auf den Zusammenhang der Vorlage mit der Armengesetzgebung hinzuweisen worden; ich glaube, daß die neuliche Debatte über den Unterstützungswohnsitz die Notwendigkeit einer Übernahme der Armenpflege auf den Staat unumstößlich nadgewiesen hat. Nach unserer Auffassung ist es nicht schmachvoll, daßemand der Armenpflege anheimfällt, sondern daß die sozialen Zustände dies möglich machen. Der Arme, der infolge dieser Verhältnisse zu Boden getreten wird, hat ein Recht auf die Unterstützung des Staates. Die Behauptung, daß der Staat als Träger der Unfallversicherung nicht günstigere Resultate erzielen würde, als die Privatversicherungen, die bisher im Zusammenhang mit dem Haftpflichtgesetz durchaus nicht befriedigend gelebt haben, muß ich entschieden bestreiten. Das Beispiel der Post beweist, daß wenn der Staat einmal einen Betrieb in die Hand nimmt, die Privatconcurrent dagegen nicht auftreten kann.

Eine Erweiterung des Kreises der Arbeiter, auf welche das Gesetz ausgedehnt werden soll, erscheint durchaus notwendig. In dieser Beziehung genügt auch der eventuelle Antrag der Fortschrittspartei nicht, und wir haben deshalb selbst ein Amendment gestellt, welches diesem Mangel abhelfen soll. Die Fassung des Antrages mag manche Ausstellungen zulassen, ich bitte Sie jedoch, sich daran nicht zu stoßen, sondern die Tendenzen derselben anzuerkennen. Einigermaßen rechtfertigt sich der knappe Rahmen des Gesetzes dadurch, daß es an einer statistischen Grundlage fast vollständig fehlt. Diese Unterlassungsfürde rächt sich jetzt, und wir halten es für einen Hauptvorgang der Reichsanzalt, daß sie gezwingt seien wird, dieses statistische Material allmählig zu schaffen. Wenn wir hier nach das vorliegende Gesetz, so weit es socialistischer Kern reicht, zu unterstützen bereit sind, so bitte ich Sie, sich überhaupt hierdurch nicht von der Annahme derselben zurückzureden zu lassen. Es gibt keine andere Lösung der Frage, welche im Stande wäre, die Arbeiter zu befriedigen. Es wurde neulich gesagt, man streite sich jetzt um den „armen Mann“ wie um die Leiche des Patroklos; dieser Vergleich veranlaßt mich zu der Bitte, daß Sie nicht so lange kämpfen mögen, bis der „arme Mann“ wirklich eine Leiche geworden ist. Noch ist es möglich, die soziale Frage auf dem Wege der Reform zu lösen; das Prinzip des laisser faire führt zur Revolution. Vor dem Nihilismus rettet nur der Socialismus, und deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie das Gesetz mit unserem Amendment an. Der Socialdemokratie werden Sie freiheitlich auch hierdurch nicht den Boden abgraben, Sie werden sie vielmehr stärken, indem Sie ihr ein Zeugnis für die Wahrheit ihrer Prinzipien ausstellen.

Bundesrats-Commissar Lohmann: Der Antrag Ausfeld und Ge nossen, welchen auf einen weiteren Ausbau des Haftpflichtgesetzes gerichtet ist, entfernt sich nach zwei Richtungen hin von dem Boden des geltenden Privatrechts; er konstruiert zunächst eine Haftpflicht des Unternehmers für alle Unfälle, die nicht absichtlich von dem Betroffenen herbeigeführt seien, zweitens eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung, derselben zur Sicherstellung der eventuellen Entschädigungssummen. Mit diesem Prinzip des Verlaßens des gemeinen Rechts richtet sich der Antrag selbst, so daß es eines Eingehens auf andere Gründe, insbesondere diejenigen, welche gegen die Zulassung von Privat-Versicherungs-Gesellschaften sprechen, nicht bedarf. Im Übrigen haben die Herren eine weitere Ausdehnung des Gesetzes auf die im § 1 nicht gedachten Betriebe beantragt. Einer solchen Ausdehnung stehen die Regierungen prinzipiell nicht gegenüber, im Gegentheil hatten sie stets den Wunsch, die Vorlage noch auf andere, möglichst auf alle Betriebe auszudehnen. Die Regierungen sind aber der Meinung, daß man sich zunächst in denjenigen Grenzen halten sollte, die man übersehen könne. Das Prinzip des Gesetzentwurfs fordert eine praktisch zu handhabende Begrenzung der Zwangsversicherung, dennnoch müssen Betriebe, bei denen eine solche Grenze noch nicht gezogen ist, vorläufig ausgeschlossen bleiben. Das ist namentlich der Fall bei der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und dem Bauwesen. Es steht indessen zu hoffen, daß im Laufe der Anwendung des Gesetzes selbst sich diejenigen Gesichtspunkte werden aufstellen lassen, die für diese Begrenzung maßgebend sind. Andere Betriebe müssen deshalb ausgeschlossen werden, weil bei ihnen die Möglichkeit der zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Kontrolle fehlt, so die Schiffsfahrt und einzelne Theile der Landwirtschaft, sowie die Forstwirtschaft. Ich bitte demnach sämtliche nach dieser Richtung hin gestellten Anträge abzulehnen.

Abg. Lasser: Der Abg. v. Kleist-Rehov, und nach seinem Beispiel Liebknecht, haben diese Verhandlungen benutzt, Auseinandersetzungen zwischen Parteien und politischen Richtungen einzutreten zu lassen, zu denen ich im Laufe der Session auch sehr gern noch bereit wäre; ich halte es aber für eine Blaue und vergiftend für alle unsere sozialen Verhandlungen, daß immer und ewig auf den Parteidistanzpunkt zurückgekommen wird. Wir sind ja bei diesem Gesetz alle einig, daß wir eine bessere Ordnung einer Gesellschaftsklasse, wie bisher, erreichen wollen. Wozu also die aufregenden Auseinandersetzungen? Bei diesem Gesetz tritt eine Partei ganz geschlossen in ihrem Ansichten auf, und bei der Abstimmung würde das sich noch mehr zeigen, wenn nicht politische Rücksichten obwalten, die allerdings in diesen Verhandlungen schon gethan haben. Für mich hat mancher der gestellten Anträge in einzelnen Punkten Verlobendes, vergleiche ich aber ihre Gesamtheit mit den Beschlüssen der Commission und der Vorlage, so bestätigt sich in mir die Überzeugung, daß wir es mit einer völlig unvorhersehbaren Vorlage zu thun haben, die nur zufällige Mehrheiten auf ihre einzelnen Theile vereinen kann. (Zustimmung links.) Wer hätte geglaubt, daß die Regierung im Laufe der Commissionsberatung von der Reichsanzalt bis zu Staatsanstalten sich werde drängen lassen, modisch, wie ich an anderer Paragrafen beweisen werde, sowohl der politische Gedanke wie der Vorlage in sein Gegentheil verkehrt wird, als auch große technische Schwierigkeiten geschaffen werden. Eine solche Handlung von Parteien im Hause und auch der Staatsregierung beweist, daß man uns keinen fertigen Ge-

baukten vorgelegt hat. Mir ist der Gedanke des Versicherungszwanges durchaus nicht zuwider, sondern er scheint mir der richtige Weg zu sein; nie aber werden meine Freunde einem Gesetz zustimmen, welches auf Staatsanstalten zurückkommt, oder sofort mit einer monopolistischen Reichsanstalt beginnt, und nie einem Gesetz, das Staatszuschüsse gewährt.

Da die große Mehrheit der Herren sich gegen die Staatszuschüsse erklärt hat, die der Reichsanzler als unerlässliches Fundamentalprincip hinstellt, so verhandeln wir mehr theoretisch und vorbereitet für eine künftige Vorlage als über ein praktisches Gesetz. Wenn der Reichsanzler den Staatszuschuß als conditio sine qua non erklärt, so will er nicht nur den Arbeitern zeigen, daß der Staat ihnen mit Geldleistungen beispringt, sondern ich unterstelle dem Reichsanzler noch den höheren Gedanken, daß er wünscht, daß das Gesetz möge in dieser Session nicht zu Stande kommen, weil er eben eine unreife Vorlage gemacht. Es mag das zu politischen Zwecken sehr dienlich sein, wie der Reichsanzler gethan hat, aber wer zugleich ein so bedeutender Agitator und Staatsmann ist, der wünscht bei gewissen Grenzen, daß seine Vorschläge nicht gar zu ernst genommen und zum Gesetz gemacht werden, wenn der Staat darunter leidet. Also diese gewissenhafte Prüfung des Reichsanzlers siehe ich daraus, wenn er bei einem Gegenstand erklärt, daß wenn hier von der Regierungsvorlage abgewichen wird, die Regierung es nicht annehmen und an den nächsten Reichstag appelliren wird und auf einem ähnlichen Standpunkte stehe auch ich. So sehr ich wünsche, daß das Versicherungsprincip strikte durchgeführt wird, so wünsche ich nicht, daß eine unfertige Arbeit herauskomme und wünsche namentlich nicht, daß man durch diesen einen richtigen Gedanken sich verleiten und in einem Weg hineindringen läßt, in dem ganz unabsehbare Folgen noch gegenwärtig daran geknüpft werden, während die Herren bereits erklären, diesen Weg werden wir sicher nicht mitgehen.

Der Referent hat bereits erklärt, daß er die Consequenzen, die an die Errichtung der Staatsanstalten geknüpft werden, in keiner Art annehmen kann und aus den heutigen Verhandlungen kein Schluß auf die künftige Stellung des Reichstages gezogen wissen will. Indem ich nun die verschiedenen Anträge prüfe, muß ich sagen, dem Prinzip nach, hat das einzige Richtige der Antrag Ausfeld und Ge nossen uns unterbreitet, und da bitte ich, daß wir uns nicht wieder mit Schlagworten abgrenzen, sondern den Inhalt der Sache prüfen. Sowohl Herr v. Kleist-Rehov wie Herr Liebknecht und auch der Herr Regierungskommissar haben es sich sehr leicht gemacht in der Kritik, vermutlich weil die sachliche Kritik nicht gut möglich ist. Herr v. Kleist-Rehov hat ciert, das Haftpflichtgesetz sei eine Giftflinte. Ja, wenn er von den Prozessen sprach, so sind diese vom Uebel, wie überall, aber der Antrag Ausfeld ist ja gar nicht mehr ein reines Haftpflichtgesetz im Sinne des Haftpflichtgesetzes von 1871, sondern er führt zum Haftpflichtgesetz die Versicherungsnotwendigkeit hinz, und trifft im Einzelnen Maßregeln, auf welche Weise die Veränderung unter allen Umständen bewirkt werden muß. Damit wird auch der Abg. Liebknecht zufrieden sein, wenn er nicht etwa den Nebengedanken hat, daß eine schlechte Staatsseinrichtung wenigstens als ein gutes Agitationsmittel anzusehen sei. Ich will zugeben, daß das sozialdemokratische System ist damit noch nicht gereift, aber die Herren mögen dem Reichsanzler hier nicht zu viel trauen, daß wenn er heute sozialdemokratische Consequenzen zieht, er sie auch später vollziehen wird.

Der Reichsanzler braucht bei jeder Discussion und Vorlage die Gründe, welche ihm herausheben, wie ein Mann, der mit einem belasteten Wagen durch einen Sandweg zu fahren hat, zunächst sieht, daß das Pferd stark genug ist, bis er den Weg überwunden hat, wenn dies aber geschehen ist, dann fängt die Rechnung wieder von vorn an. Also die Verständigung, die diese beiden mit einander suchen, wird von sehr grossem Erfolge nicht sein, es wird auf beiden Seiten eine Täuschung herauskommen. Der Antrag Ausfeld aber entzieht die Frage von jedem politischen Nebengedanken, indem er volles Genüge thun will den Rechten der Arbeiter. Was hat nun der Regierungsvertreter einzuwenden? Bei der höchsten Anerkennung für seine vorigen und lehrreichen Ausführungen glaubt ich jedoch aus diesen schlimmen zu dürfen, daß er den Antrag Ausfeld empfehlen würde. Statt dessen zog er den Schluß, die Ablehnung des Antrages Ausfeld zu empfehlen. Das Prinzip des Antragsteller in der ersten Lesung, sagte er, ist ein falsches gewesen, indem sie lediglich aus dem Privatrecht heraus arbeiten und das Haftpflichtgesetz erweitern wollten. In der Commission seien dann die Herren schon weiter gegangen, indem sie das Verhältnis des Arbeiters mit einschließen und ein Recht auf Sicherstellung einräumen wollten. Jetzt hätten die Antragsteller die Verpflichtung des Arbeitgebers noch weiter ausgedehnt und ein vollständiges System der Zwangsversicherung eingeführt, was nicht mehr dem Privatrecht entspricht, sondern das sei gemischt aus dem Privatrecht und dem öffentlichen Recht. Völlig consequent, wenn es die Absicht der Antragsteller gewesen wäre, ein Capitel aus dem Privatrecht zu schreiben. (Sehr richtig! links.) Das war aber ihre Absicht nicht, sondern sie wollten in einem gemischten Verhältnisse Privatrecht und öffentliches Recht mit einander verbinden und wollten ausscheiden, gleichzeitig in die untere Materie einer öffentlichen Anstalt einzutreten zu müssen, nicht als ob wir die letztere prinzipiell zurückweisen, sondern weil erst genügende Klarheit, welche, wie der Regierungsvertreter selbst zugestanden hat, heute noch nicht vorhanden ist, dafür vorliegen muß. Dann mögen Sie weiter berathen, ob man übergeben kann von der bloßen Haftpflicht zu einer Staatsanstalt. Aber Alles, was materiell notwendig ist zur Förderung des Wohles derjenigen Klassen, die wir im Auge haben, steht im Antrage Ausfeld. Der Berichterstatter hat ganz richtig ausgearbeitet, daß im Wesentlichen der Antrag Ausfeld auf derselben Grundlage mit der Regierung steht, mit alleinigem Ausschluß der öffentlichen Anstalt.

Nun sind wir alle einig, daß die Versicherungsanstalt wahrscheinlich in

die jüngste Einführung der Versicherungsanstalt und zu Gunsten des Antrags Ausfeld, denn für die Errichtung der Reichsanstalt oder Staatsanstalt ist es durchaus nothwendig, daß erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, welche Folgen durch den Einfluß derartiger Betriebe herbeigeführt würden. Wenn Sie aber die Haftpflicht feststellen, wie der Antrag Ausfelds das tut, wozu ist es nothwendig, erst Ermittlungen zu machen. Es ist deshalb mein Wunsch, wenn wir in dieser Session noch zu einem Erfolg kommen wollen, dem System zu folgen, welches allein einen praktischen Erfolg in Aussicht stellt; ob Sie es für ein definitives oder für ein Nottheite halten, ist gleichgültig, es kommt nur darauf an, dem Arbeiter so bald wie möglich zu helfen und nicht die Ausstragung der Sache zu vertagen um höherer Staatsprivilegien willen.

Abg. von Schorlemer (Alt): Den Vorwurf ungenügender Durchberatung, den der Vorredner diesem Gesetze gemacht hat, kann ich nicht anerkennen; hat dasselbe doch zunächst den Berathungen des Volkswirtschaftsraths unterlegen, an denen Herr Lasker allerdings nicht Theil genommen hat (Heiterkeit), dann denen des Plenums dieses Hauses, bis es hierauf in der Commission des Sorgfältigsten erwogen wurde. Den Culturkampfsgesetz hat man eine so eingehende Vorbereitung nicht zu Theil werden lassen. (Heiterkeit) Es ist hier gefagt worden, der Staat habe nicht christlich, sondern human zu handeln. Ich behaupte dagegen, daß nur auf christlicher Grundlage gute Staatsgesetze zu Stande kommen können. „Humanitäre Grundlage“ ist eine Phrase, ist Unsum. Hier im Hause hört sich dieses Prinzip ja ganz schön an, außerhalb desselben aber tritt es uns entgegen mit Petroleum, mit Dynamit, mit wallendem Löwenhaar und ehemalen Sandalen an den Füßen. (Gelächter links.) Herr v. Kleist hat sich gegen die Einbeziehung aller landwirtschaftlichen Arbeiter erklärt. Das halte ich für den schwächeren Punkt seines Antrages. Ich sage: entweder alle oder keine. Die Landwirtschaft ist kein Gewerbe in dem Sinne, wie die industriellen Betriebe, und ich sehe nicht ein, weshalb man, weil die industriellen Arbeiter eines Schutzes gegen Unfälle bedürfen, auch die landwirtschaftlichen mit einbeziehen müsste. Die letzteren werden sich durch die Nichteinbeziehung auch keineswegs gefränkt fühlen, darüber können Sie ganz ruhig sein! Das kleinere Uebel scheint mir allerdings immer noch die Ausdehnung des Gesetzes auf die ganze Landwirtschaft zu sein, wie die Fortschritts und Sozialdemokraten vorschlagen, da die durch die Annahme des Antrages Kleist nothwendig werdende Unterscheidung sich praktisch als unausführbar erweisen wird. Ich bedauere um somehr daß der Abgeordnete v. Kleist diesen Antrag gefestigt hat, als dadurch nur der klare Stand des Gesetzes verwirrt und die agitatorische Seite der Anträge der beiden anderen Parteien unterstützt wird.

Im Großen und Ganzen besteht auf dem Lande zwischen Arbeitgebern und Arbeitern noch ein gutes patriarchalisches Verhältnis, wie es sich in Industriebezirken nur vereinzelt findet. Dieses gute Verhältnis möchte ich durch Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Zwangsversicherung nicht gestört sehen. Soweit eine solche nötig ist, hat das Erforderliche schon der § 1 der Commissions-Beschlüsse in seinem zweiten Satz vorgegeben; im Übrigen kann nach § 54 im Wege der freiwilligen Versicherung hinreichend Vorsorge getroffen werden. Herr v. Kleist ist in seinen Ausführungen wesentlich durch die Verhältnisse in seiner engeren Heimat, im Osten, geleitet worden, wo der Großbetrieb in der Landwirtschaft vorherrscht; er vergibt aber, daß im größeren Theile Deutschlands die Verhältnisse anders liegen. Hier ist es gar nicht möglich festzustellen, wer einzubeziehen ist, wer nicht. Will man die sehr zahlreichen Unfälle welche durch Zugthiere entstehen, unter das Gesetz stellen, so müßte nicht bloß der Arbeiter, sondern auch das Gejinde einbezogen werden; ja Sie müßten weitergehen und künftige Postillone, Bediente auf dem Boden einzubeziehen, Sie würden schließlich dazu kommen, alle Welt zu Reichs- oder Staatspensionären zu machen! (Sehr richtig! links.) Das ist also die Ansicht der Fortschrittspartei! (Rufe links: Nein, Bismarck!) In einer so weiten Ausdehnung ist das Gesetz praktisch nicht durchführbar. Lehnen Sie deshalb alle auf Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter gestellten Anträge ab. (Beifall im Centrum.)

Abg. Marquardt: Im Gegensatz zu dem Abg. v. Kleist-Reckow, der jedes „wenn und aber“ in dieser Materie ausschließt will, glaube ich, daß die Neuheit der so schwierigen Aufgabe eine gewisse Vorsicht, wie in allen Fragen der praktischen Politik erforderlich macht. Die Neuheit dieser Aufgabe hat auch dahin geführt, daß meine politischen Freunde nicht in allen Punkten einig sind; solche Fragen lassen sich eben nicht nach bloßen Fraktions- und Parteidistanzen behandeln. Dem Regierungsvorschlage stehen wir im Allgemeinen sympathisch gegenüber, jedoch begrüßen wir auch den Antrag Freund und Genossen als einen dankenswerten Versuch der Lösung dieses schwierigen Problems. Derselbe bewegt sich übrigens nicht mehr auf dem reinen Boden des Civilrechtes, er zieht den Geschäftspunkt der öffentlichen Wohlfahrt hinein und hat deshalb einen Zwittercharakter. Wenn wir für die Vorlage stimmen, so geschieht dies in der Hoffnung, daß dieselbe als Basis für ein künftiges Gesetz, welches uns nach genügend gesammelten Erfahrungen vielleicht schon im nächsten Jahre vorgelegt werden wird. Was die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Landwirtschaft betrifft, so halte ich dieselbe aus dem vom Abg. v. Schorlemer angeführten Gründen und auch deshalb für unzulässig, weil bei der Landwirtschaft eine Scheidung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehr schwierig ist. Ich möchte Sie also bitten, den § 1 in der Fassung der Commission anzunehmen. (Beifall.)

Referent v. Hartung: Ich muß dagegen protestieren, daß die Commission, wie Herr von Kleist zu erkennen gab, von der Aussöhnung ausgingen ist, daß der Staat als Schutzherr alle Schwächen und Mängeln an die Brust drücken müsse. Die Commission hat sich lediglich von allgemein rechtlichen Grundsätzen leiten lassen.

Damit schließt die Discussion. Die Anträge Ausfeld, Auer und Eysoldt werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittspartei und der Sezessionisten abgelehnt; für den Antrag v. Kleist-Reckow stimmen außer diesen drei Gruppen noch die Deutschnationalen. — § 1 wird von den conservativen Parteien, dem Centrum und den Nationalliberalen angenommen. Genso § 1a, nach welchem als Gehalt oder Lohn auch die Tantiemen und Naturalbezüge gelten, und § 2, welcher die Beamten der Reichs-, Staats- und städtischen Betriebs-Verwaltungen von diesem Gesetze ausnimmt.

§ 2a lautet nach dem Vorschlage der Commission: „Jeder Bundesstaat hat für seine Rechnung zu verhaltende Landes-Versicherungsanstalt zu errichten, bei welcher die Versicherung für alle innerhalb derselben belegenen Betriebe, soweit nicht dieses Gesetz Ausnahmen zuläßt, stattfindet. Für mehrere Bundesstaaten kann eine gemeinsame Landes-Versicherungsanstalt errichtet werden.“

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1) von den Abg. Auer und Gen.: eine Reichsanstalt mit dem Sitz in Berlin zu errichten;
2) von dem Abg. Buhl: statt der Worte: „Jeder Bundesstaat . . . belegenen Betriebe“ zu sehen: „Das Reich errichtet eine für seine Rechnung zu verhaltende Versicherungsanstalt, bei welcher die Versicherung für alle Betriebe“ und den letzten Satz des § 2a zu streichen;

3) vom Abg. Richter (Hagen): dem § 2a folgenden Zusatz zu geben. Auch kann ein Bundesstaat für seine einzelnen Bezirke mehrere Landes-Versicherungsanstalten errichten. Letztere können auch für Rechnung der Verbände der Selbstverwaltung verwalten werden.“

Abg. Buhl: Ein Blick auf die Gewerbestatistik lehrt, wie schwierig es sein würde, die Gefahren des Gewerbebetriebes nur auf wenige Schultern zu wälzen. Bayern besitzt an Salzbergwerken 24 große Betriebe mit über 3400 Arbeitern, Sachsen beschäftigt 3600 Arbeiter in Steinbrüchen, ähnlich liegen die Verhältnisse in Württemberg. Nehmen Sie dazu noch die Fabrikation der Explosivstoffe, welche ebenso wie die Grubenarbeit häufigen Unfällen ausgesetzt ist, so erwähnt den Betrieb ein Risiko, welches in der Regel nicht von Wenigen, auch nicht von den einzelnen Staaten, sondern mit Erfolg nur vom Reiche getragen werden kann. Man kann auch keinen Einzelstaat zur Errichtung einer Versicherungsanstalt zwingen, dieselbe würde für die kleineren Staaten auch mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein. Nicht minder schwierig, weil nur auf dem Vertragswege zu erreichen, ist ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Staaten. Zusammengehörige Industrien ragen über die politischen Grenzen der einzelnen Länder hinaus und machen eine getrennte Zutheilung an die verschiedenen Versicherungsanstalten sehr schwierig. Manche Industriezweige sind in Deutschland durch eine so geringe Anzahl einzelner Unternehmungen vertreten, daß nur durch eine Unfallversicherung ihre Interessen vertreten werden können. Die Staatsverteilung ist aber auch im Interesse einer billigeren Verwaltung und zur besseren Ausgleichung der Gefahren geboten. Eine Vertheilung der Unfallversicherungen auf die verschiedenen Länder würde jedenfalls eine ungleichartige Belastung der Industrie zur Folge haben. Wollte man diese Gefahr aber durch eine gleichmäßige Regelung durch Reichsgesetz oder durch Anordnungen des Bundesrats befreiten, so würde dies zu vielfältigen Eingriffen in die Landesverwaltung und demgemäß zu höchst unliebhaften Reibungen zwischen der Reichsregierung und den Einzelstaaten führen. Sollte man sich aber, wie ich glaube, bei der Regelung der ganzen Angelegenheit hauptsächlich nach den preußi-

schen Bedürfnissen richten, so liegt die Gefahr nahe, daß wir eine große preußische Landesanstalt erhalten und daneben eine sehr kleine bairische und württembergische u. c. Muß es nicht zu unzählbaren Zuständen führen, wenn beispielsweise in Preußen eine Prämie von 2 Prozent, in Bayern eine solche von 3 Prozent gezahlt wird? Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden durch Einrichtung von Reichsanstalten, welche die Industrie, namentlich durch thunsame Ausbildung der Gefahrenklassen entlastet. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Stumm: Ich habe zunächst im Namen meiner Freunde folgende Erklärung abzugeben: Die deutsche Reichspartei erblieb in dem Commissionsbeschlüsse, welcher die Reichsversicherungsanstalt durch particulare Landesanstalten ersetzt, eine in principieller und praktischer Hinsicht gleich bedauerliche Umgestaltung der Regierungsvorlage. (Hört! hört!) Wenn sie trotzdem in zweiter Lesung für die Aufrechterhaltung der Commissionsfassung stimmt, so geschieht das, weil sie die Durchberatung und das Zustandekommen des Gesetzes nicht gefährdet will.“ Ich füge hinzu, daß wir, entgegen der Ansicht des Herrn Lasker, überzeugt sind, daß etwas zu Stande kommen kann, und selbst wenn wir diese Überzeugung nicht hätten, so würden wir es doch für absolut nothwendig halten, die Durchberatung des Gesetzes vor dem ganzen Lande wenigstens zu ermöglichen und dann zu sehen, was sich erreichen läßt. Der Commissionsantrag ist durch den Compromiß zweier Parteien zu Stande gekommen, denn wir uns nicht anstreben konnten, weil wir die Privatgesellschaften nicht wollten. Es war sehr klug von dem Herrn Vorredner, die Privatgesellschaften, die doch sein Antrag infalt läßt, gar nicht zu erwähnen. Wir glauben nach wie vor, daß dieselben gar nicht in den Rahmen dieses Gesetzes passen. Nur das Reich kann die volle moralische Verantwortlichkeit für die Auszahlung der Renten übernehmen. Aber gleichwohl werden wir aus den angegebenen Gründen für den Paragraphen stimmen.

Abg. Richter (Hagen): Ich begreife, daß die Herren Conservativen nicht recht wissen, wie sie stimmen sollen, da sie über die Absichten des Herrn Reichskanzlers nicht im Klaren sind; deshalb wollen sie ihre Abstimmung noch nicht definitiv feststellen. Jetzt will der Reichskanzler die Majorität bei den Conservativen und Nationalliberalen suchen, bei den Steuerverordnungen war es anders. Da war es das Centrum, welches die wenigsten Gegenconcessions verlangte, und deshalb kam das conservativ-clericale Bündnis zu Stande. Für uns existieren derartige tatsächliche Fragen nicht, wir entscheiden uns nur nach sachlichen Erwägungen. Ein Versicherungsmonopol wünschen wir überhaupt nicht, ganz gleich, ob dasselbe dem Reich oder den Einzelstaaten übertragen würde, und nur der Eventualantrag veranlaßt uns, zu der Frage, ob Reichs- oder Staatsbank Stellung zu nehmen. In diesem Falle entscheiden wir uns für das Monopol des Einzelstaates. Ein Monopol wirkt nach unserer Ansicht um so verderblicher, je mehr es centralisiert. Wir legen großen Wert auf das Bestehebleben der Versicherungsgesellschaften und glauben, daß die Actien-Gesellschaften sich ein großes Verdienst um die Entwicklung des Versicherungswesens erworben haben, sie sind nötig, bis die Genossenschaften, denen auf diesem Gebiete das Feld ihrer eigentlichen Thätigkeit angewiesen ist, sich weiter entwidmet haben werden. Ich weiß nicht, was für üble Erfahrungen Herr Stumm mit Agenten gemacht hat; daß aber weiß ich, wenn er die Polizei und der Bürgermeister in den Fabriken erscheinen werden, um Vorläufigen zu machen, die Lohnlisten nachzusehen, über Invalidität zu entscheiden und dergleichen, so werden bald so viel Klagen laut werden, daß man sich nach den jetzt geschmähten Agenten zurücksehnen wird, die schon der Concurrenz wegen coulantier sind, als das dem bureaukratisch organisierten Beamtenthum möglich ist. Die Lebhaftigkeit des Herrn Buhl stand in gar keinem Verhältnis zu der sachlichen und nützlichen Angelegenheit. Daß das Reich das Gesetz erläßt, ist für mich noch kein Grund, auch für die Reichsanstalt zu stimmen. Ich kann ein Reichseisenbahnen für sehr nützlich halten, ohne deshalb für Reichseisenbahnen zu sein. Schon bei der ersten Beratung entschied ich mich für die Staatsanstalten und wurde dafür von der offiziösen Presse als ein Partikularist hingestellt, jetzt habe ich die Genugthuung, daß die Regierung sich zu meiner Ansicht befehlt hat. Wir gehen von dem Gesichtspunkte aus, daß man nicht das, was sich in einem kleinen Kreise erreichen läßt, auf einen größeren übertragen soll. (Zustimmung.)

Der Umfang des Landarmenverbandes würde für die Versicherungsanstalten ausreichend sein und man muß auch den größeren Staaten die Freiheit wahren, mehrere Versicherungsbezirke zu organisieren. Ich wurde z. B. einer solchen für den Regierungsbereich Arnstadt, für Oberschleiden, für Berlin angezeigt halten. Man ist ja auch noch nicht auf den Gedanken gekommen, die Knapschaftsassen auf weitere Bezirke auszudehnen, die verschiedenen deutschen Staatsseisenbahnsysteme sind mir auch trotz aller Mängel lieber als ein Reichseisenbahnsystem. Was ist denn die Unfallversicherung? Sie ist ein Stück Krankenfonds, ein Stück Invalidenfonds, ein Stück Lebensversicherung. Ist nun schonemand auf den Gedanken gekommen, eine allgemeine Krankenkasse als Reichsanstalt zu errichten? Auch die Feuer-Societäten erfreuen sich nicht über die Provinz hinaus, obgleich sich dafür noch weit eher Gründe anführen lassen würden. Alles, was für die Nothwendigkeit der Centralisation gesagt worden ist, läßt sich für jede Centralisation anführen, man kann damit Alles beweisen, und es könnte keine öffentliche Fürsorge mehr den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Ich behaupte, auch die Reichsanstalt würde viel teurer zu stehen kommen, als die Einzelanstalten, und bei mehreren Directionen wird es viel eher möglich sein, die verschiedenen Fabrikbetriebe individuell zu behandeln, als wenn Alles von einer Berliner Weisheit, einem Geheimrat an der Centralstelle ausgeht. Auch zum Zwecke der Abtäzung von Schäden, der Beurtheilung der Invalidität und dergleichen muß die Justiz möglichst neutral sein. Es entsteht sonst die Gefahr, daß die örtlichen Organe das Reichsamt nach Kräften anzapfen und auf Kosten des Reichsäckels recht wohlthätig sind. Die Defraudation und Simulation ist desto größer, ja ferner die finanzielle Centralstelle ist. Eine Reichsanstalt ohne eigene Beamten, wie sie in Aussicht gestellt wird, halte ich für absolut unmöglich. Die Schwärmerei für die Reichsanstalt ist erklärlieb, weil man die Reichscompetenz bis jetzt nur auf Gebiete ausgedehnt, die ihr wirklich zufommen, und auf denen sie sich bewähren konnte. Um so mehr sollte man sich hüten, jetzt eine Sache auf das Reich zu übertragen, bei der die Centralisation durchaus nicht angebracht ist; das Fiasco der Reichsanstalt würde dem Particularismus mehr Vorleid leisten, als die Übertragung der Versicherung auf die Einzelstaaten. (Beifall links.)

Um 4½ Uhr vertrat sich das Haus zur Fortsetzung der Beratung auf Mittwoch 10 Uhr.

Berlin, 31. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] begab sich heute Vormittag 10 Uhr nach Potsdam, um im dortigen Lustgarten die Parade über die Truppen der Garnison abzunehmen. Nach dem Diner gedachte Se. Majestät nach Berlin zurückzufahren. Gestern Abend um 7 Uhr empfing Se. Majestät den auf der Durchreise hier eingetroffenen Kaiserlich russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow. [Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] mit den Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margaretha kamen gestern Vormittag mit dem 9 Uhr-Zuge nach Berlin und wohnten der Parade auf dem Tempelhofer Felde bei. Nachmittags nahm der Kronprinz Meldungen und Vorträge entgegen und begab sich mit der Kronprinzessin um 4 Uhr zum Paradedinner in das königliche Schloß. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin wohnten der Vorstellung im Opernhaus bei und begaben sich demnächst nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. — Vor Beginn der Vorstellung empfing der Kronprinz den russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow. (R.-A.)

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] mit den Prinzessinnen Victoria, Sophie und Margaretha kamen gestern Vormittag mit dem 9 Uhr-Zuge nach Berlin und wohnten der Parade auf dem Tempelhofer Felde bei. Nachmittags nahm der Kronprinz Meldungen und Vorträge entgegen und begab sich mit der Kronprinzessin um 4 Uhr zum Paradedinner in das königliche Schloß. — Der Kronprinz und die Kronprinzessin wohnten der Vorstellung im Opernhaus bei und begaben sich demnächst nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. — Vor Beginn der Vorstellung empfing der Kronprinz den russischen Reichskanzler Fürsten Gortschakow. (R.-A.)

+ Breslau, 1. Juni. [Se. Majestät der Prinz Albrecht von Preußen] nebst Gemahlin und seinem 3 Söhnen, den Prinzen Friedrich Heinrich, Joachim Albrecht und Friedrich Wilhelm nebst Gefolge langte heute früh 6 Uhr 23 Minuten mittelst Schnellzuges der Niederschlesischen Eisenbahn aus Berlin hier an. Die hohen Herrschaften nahmen während ihres halbstündigen Aufenthalts im Kaisersalon des Bahnhofsgebäudes das Frühstück ein und sefzen um 6 Uhr 46 Minuten ihre Weiterreise mit dem Personenzug der Breslau-Mittelwalder Bahn nach Schloss Camenz fort, wo dieselben einen längeren Aufenthalt zu nehmen gedenken.

Provinzial - Zeitung.
+ Breslau, 1. Juni. [Se. Majestät der Prinz Albrecht von Preußen] nebst Gemahlin und seinem 3 Söhnen, den Prinzen Friedrich Heinrich, Joachim Albrecht und Friedrich Wilhelm nebst Gefolge langte heute früh 6 Uhr 23 Minuten mittelst Schnellzuges der Niederschlesischen Eisenbahn aus Berlin hier an. Die hohen Herrschaften nahmen während ihres halbstündigen Aufenthalts im Kaisersalon des Bahnhofsgebäudes das Frühstück ein und sefzen um 6 Uhr 46 Minuten ihre Weiterreise mit dem Personenzug der Breslau-Mittelwalder Bahn nach Schloss Camenz fort, wo dieselben einen längeren Aufenthalt zu nehmen gedenken. (Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)
Rom, 31. Mai. „Diritto“ bezeichnet die Gerüchte, daß wegen

der Ausgaben im Kriegsministerium Schwierigkeiten bestehen, für sehr übertrieben. Über keine wichtige Frage besteht unter den Cabinettsmitgliedern eine Meinungsverschiedenheit.

Paris, 31. Mai. Die Kammer setzte die gestern begonnene Beratung über den Barodet'schen Antrag der Verfassungsvorlesung fort. Clemenceau verlangt die Revision der Verfassung, die im monarchischen Geiste von einer monarchischen Versammlung gemacht wurde. Er erinnert Gambetta, daß er ehemals sich der Einrichtung eines Senats widerstellt. Der Justizminister erklärte es für unbefriedigend, eine Verfassung zu berühren, welche die republikanische Majorität hervorgebracht hat. Die arbeitsame Bevölkerung sei unfruchtbare Agitationen müde, sie wolle Frieden im Innern und nach Außen. Ferry bekämpfte die Revision, man könne nicht beständig Alles in Frage stellen, eine Verfassungsvorlesung würde tiefe Unruhen hervorrufen und das Vertrauen zur Republik vernichten. Das Votum für die Revision würde die Majorität dislociren, dann könne das Cabinet nicht bleiben (lebhafter Beifall). Die Kammer lehnte es mit 254 gegen 186 Stimmen ab, Barodets Antrag in Erwägung zu ziehen.

London, 31. Mai. Die „Gazette“ meldet: Eine Cabinetsordre vom 18. Mai erklärt die Neutralität Cypruss im Falle der Feindseligkeiten zwischen Staaten, mit denen England Frieden hat.

[Verichtigung.] In der Depesche aus Washington im heutigen Morgenblatt soll es statt 15 Millionen, 15 Tausend Pf. Sterling betragen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.
(W. T. B.) Paris, 31. Mai, Abends. [Boulevard.] 3% Rente 86, 15. Neueste Anleihe 1872 119, 47. Türken 17, 10. Neue Egypter 386, 25. Banque ottomane —. Italiener 92, 50. Chemins —. Österreichische Goldrente —. Ungar. Goldrente —. Spanier exter. 24, 06, dointer. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkensee 61, 25. Türken 1873 —. Amortisbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Fest.

Frankfurt a. M., 31. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 45. Pariser Wechsel 81, 07. Wiener Wechsel 174, 60. Köln-Mindener Stamm-Aktion 152½. Rheinische Stamm-Aktion 163½. Hessische Ludwigsbank 99½. Köln-Wind. Prämiens-Aktien 132½. Reichsanleihe 102½. Reichsbank 150. Darmstädter Bank 165½. Maininger Bank 100%. Österreichische Bank 730, —. Credit-Aktion* 312½. Wiener Bankverein 121. Silberrente 67½. Papierrente 67½. Goldrente 83½. Ungarische Goldrente 102½. 1860er Loose 129½. 1864er Loose 335, —. Ung. Staatsloose 241, 50. Ung. Ostbahn-Oblig. II. 95½. Böhmisches Westbahn 267½. 271½. Elisabethbahn 182. Nordwestbahn 183½. Galizier 283½. Franzosen* 325½. Lombarden*) 114½. Italiener 92. 1877er Russen 91½. 1880er Russen 75½. II. Orient-Akt. 57½. III. Orient-Akt. 57½. Laurahütte 106½. Norddeutsche 176½. 50% Amerik. 96½. Rhein. Eisenb. 163½. do. junge 160½. Bergisch-Märkische do. 117½. Berlin-Hamburg do. 262. Altona-Kiel do. 165½. 5% österl. Papierrente —. Discont 2½ %. Fest, aber still.

Hamburg, 31. Mai, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Conjols 102. Hamburger St.-Pr. A. 126, Silberrente 67½. Ost. Goldrente 83, Ung. Goldrente 102½. 1860er Loose 129½. Credit-Aktion 312½. Franzosen 820. Lombarden 286. Italien. Rente 92, 1877er Russen 91½. 1880er Russen 74½. II. Orient-Akt. 57½. III. Orient-Akt. 57½. Laurahütte 106½. Norddeutsche 176½. 50% Amerik. 96½. Rhein. Eisenb. 163½. do. junge 160½. Bergisch-Märkische do. 117½. Berlin-Hamburg do. 262. Altona-Kiel do. 165½. 5% österl. Papierrente —. Discont 2½ %. Fest, aber still.

18^{1/4} bez., 19 Br., per September 20^{1/4} Br., per September-December 20^{1/2} bez. u. Br. fest.
Bremen, 31. Mai. Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht)
Standard white Loco 7, 65 bez., per Juni 7, 65 bez., per August-December 8, 15 bez.

Berliner Börse vom 31. Mai 1881.

Fonds- und Geld-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	102 10 bz
Consolidirte Anleihe	105 50 bz
do. do. 1876	102 25 bzG
Staats-Anleihe	101 30 G
Staats-Schuldversch.	98 75 bz
Präm.-Anleihe v. 1853	153 70 B
Berliner Stadt-Oblig.	101 60 bz
Berliner	104 89 bzG
Pommersche	92 60 G
do. do.	100 75 G
do. do.	102 00 bzG
do. dLndch.Crd	102 40
Posensche neue	100 60 bz
Schlesische	93 60 G
Lindsch. Central	100 80 bz
Kur u. Neumärk.	100 80 bz
Pommersche	120 70 G
Preussische	100 60 G
Westfahl. u. Rhein	101 25 bz
Badische Präm.-Anl.	100 90 bz
Sächsische	100 70 G
Preussische	100 75 G
Badische Präm.-Anl.	134 75 bz
Baierische Präm.-Anl.	135 25 G
do. Anl. v. 1853	—
Cöln-Mind. Prämisch.	132 50 bzB
Sächs. Rente von 1876	80 70 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3	169,55 bz
do. do.	2 M. 3	168,75 bz
London 1 Lstr.	8 T. 21/2	20,44 bz
do. do.	3 M. 21/2	29,33 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 31/2	81,10 bz
do. do.	2 M. 31/2	80,63 bz
Petersburg 100 SR.	3 W. 6	205,25 bz
do. do.	3 M. 6	203,99 bz
Warschau 100 SR.	8 T. 6	207,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4	174,50 bz
do. do.	2 M. 4	173,40 bz

Kurh. 49 Thaler-Loose 292,75 bz

Badische 35 Fl.-Loose Verl.

Braunsch. Prämien-Anleihe 99,90 G

Oidenburger Loose 151,70 G

Ducat 9,56 G

Sover. 20,41 G

Napoleon 16,22 bz

Imperials 16,69 bz

Russ. Bkn. 206,10 oz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro	1879	1880	
Aachen-Maastricht	3/4	4	45,40 bzG
Berg.-Märkische	41/4	51/4	116,90 bz
Berlin-Anhalt	6	6	125,75 bzG
Berlin-Dresden	0	0	21,30 bzG
Berlin-Hannover	124/2	141/4	262,23 bzG
Berl.-Potsd.-Magdb.	0	4	—
Berlin-Stettin	43/4	49/4	118,75 bzG
Böhmis. Westbahn	6	5	136,00 bzG
Bresl.-Freib.	43/4	4	109,00 bz
Cöln-Minden.	6	6	152,20 bz
Dux-Bodenbach	0	4	145,00 bzB
Gal.-Carl-Ludw.-B.	7,738	7,738	141,30 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	25,10 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	66,00 bz
Kronpr. Rudolfs.	5	7	51,23 bzG
Ludwigs.-Bxh.	9	9	206,55 bz
Märk.-Posener.	0	0	31,50 bz
Magdeb.-Halberst.	6	6	152,60 G
Mainz-Ludwigs.	4	4	98,80 bzG
Niederschl.-Mark.	4	4	100,80 G
Oberschl. A.C.D.E.	99/5	105/5	219,70 bz
do. B...	99/5	105/5	168,00 bzG
Oester.-Fr. St.-B.	6	4	45,00-455 50
Oest. Nordwestb.	4	41/5	367,00 min.
Oest.Südb.(Lomb.)	0	4	228,00-229,50
Ostpreuss. Sädb.	0	4	48,80 bzG
Rechte-O.-U.B.	73/10	71/12	155,50 bzG
Reichenberg-Pard.	4	4	61/2 163,75 bz
Rheinische...	7	6	100,30 bz
Rhein.-Nähe-Bahn	0	0	16,75 bz
Rümän. Eisenbahn	33/5	31/3	67,00 G
Schweiz-Westbahn	4	4	37,00 bzG
Stargard.-Posener.	41/2	41/2	102,73 bz
Thüringer Lit. A.	81/2	91/2	48,45 bzG
Warschau-Wien.	112/3	—	291,75 bz
Weimar-Gera...	41/2	41/2	50,50 bzG

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. I. 1,1/7,1	67,80 bz
do. 1,4/1-10,0	67,93 bz
do. Goldrente	83,00 bzG
do. Papierrente	41/5 67,20 bzB
do. 54/4 Präm.-Anl.	4
do. do. do. m. 110/1	104,10 bz
Meininger Präm.-Pfd.	4
Pfd. d. Oest.-Bd.-Cr.-G.	5
Schl. Bodenr.-Pfd.	5
do. do.	105,20 bz
Südl. Bod.-Crd.-Pfd.	5
do. do.	105,30 G
do. do.	104,80 bz
do. do.	102,40 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden	0	—	5
Berlin-Görlitz	31/3	31/3	86,75 bzG
Bresl.-Warschau	0	11/2	55,70 bzG
Halle-Sorau-Gub.	31/2	5	100,00 bzG
Kohlfurt.-Falkenb.	0	5	49,00 bzG
Märkisch.-Posener.	5	5	104,59 bz
Magdeb.-Halberst.	31/2	31/2	89,90
do. Lit. C.	5	5	126,23 G
Marienbrg.-Mlawo	5	5	98,50 bz
Ostpr. Südbahn	5	21/2	86,50 bzG
Oels-Gnesen	0	5	46,75 bzG
Posen-Kreuzburg	23/4	—	70,90 bzG
Rechte-O.-U.B.	73/10	71/12	153,00 bzG
Rumänier.	8	—	—
Saal-Bahn.	0	—	65,25 bzG
Weimar-Gera...	0	—	37,25 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Dresden	0	—	5
Berlin-Görlitz	31/3	31/3	86,75 bzG
Bresl.-Warschau	0	11/2	55,70 bzG
Halle-Sorau-Gub.	31/2	5	100,00 bzG
Kohlfurt.-Falkenb.	0	5	49,00 bzG
Märkisch.-Posener.	5	5	104,59 bz
Magdeb.-Halberst.	31/2	31/2	89,90
do. Lit. C.	5	5	126,23 G
Marienbrg.-Mlawo	5	5	98,50 bz
Ostpr. Südbahn	5	21/2	86,50 bzG
Oels-Gnesen	0	5	46,75 bzG
Posen-Kreuzburg	23/4	—	70,90 bzG
Rechte-O.-U.B.	73/10	71/12	153,00 bzG
Rumänier.	8	—	—
Saal-Bahn.	0	—	65,25 bzG
Weimar-Gera...	0	—	37,25 bzG

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	4	6	88,00 bzG
Berl. Kassen-Ver.	89/10	90/10	188,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	5	51/2	108,75 bz
Brl. Prd.-Hds.-B.	41/2	41/2	78,25 bz
Braunsch. Bank	41/2	42/3	95,40 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	51/2	6	100,75 bzG
Bresl. Wechslerb.	5	62/3	104,10 bzG
Coburg.Cred.-Bnk.	5	3	90,00 bz
Darmst. Creditb.	91/2	91/2	163,00 bzG
Darmst. Zettelb.	51/6	51/6	109,50 bz
Dessauer Landesb.	61/2	7	4
Deutsche Bank	9	10	163,00 bzG
do. Reichsbank	5	6	41/2 150,10 bzB
do. Hyp.-B.Berl.	6	51/4	93,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	10	10	225,50 bz
do. ult.	10	10	227,40-27,00
Genossensch.-Bnk.	7	7	123,75 bzG
do. junge	7	—	—
Goth. Gründereb.	5	51/2	



Gortiments von verschiedenen Waaren, die sich zusammenpacken lassen, werden abgegeben.

Sommer-Saison 1881.

PREIS-COURANT

von

A. Kühl in Ottensen bei Hamburg.

Sommer-Saison 1881.



Alle haltbaren Artikel, deren Qualität aus irgend einem Grunde nicht convirirt, fausche franco gegen franco um.

Zollfrei und franco incl. Emballage unter Nachnahme für das ganze deutsche Reich.

Specialität. Caffee. Specialität.

Röher Caffee.

	9 Pf.	5 Pf.
M. & J.	M. & J.	
Perl-Mocca-Caffee (hochs. echt Afrik.) in Säcken	14.50	8.50
Mocca do. (fein do.)	13.50	8—
Java do. hochsehn	13—	7.50
do. do. fein	12.50	7—
Laguayra do. hochsehn	12.50	7—
do. do. fein	12—	6.90
Maracaibo do. do.	11.60	6.50
Ceylon do. do.	11.50	6.50
Portorico do. do.	11—	6.40
Campinas do. do.	10.80	6.20
Santos do. do.	10.50	6—
Guatemala do. do.	10—	6—
Domingo do. do.	9.50	5.50

Cigarren.

Nur Hamburger Fabrikat, in Mahagoni-Holzfästen verpakt.

	M. & J.	M. & J.
El Oriente (Havana non plus ultra) groß	200	20
La Sirena do. kräftig	150	16
La Incogitata do. mild	120	13
Flor de Ramisette do. do.	100	11
La Secreta do. do. mittel	94	10
La Carolina (Hav. m. Brasil) groß	85	9—
El Gueno (Zwischen-Alt) klein	65	6.50
La Rosa de Inglaterra, groß	60	6—
El Arte (Brasil) mittel	55	5.80
La Flor de Creta	50	5—
Uncle Tom's Fancy, mittel	40	4—

NB. Probe-Kisten à 25 Stück werden abgegeben.

Caffee-Surrogate.

Levante Caffeemehl No. 1 pr. Sac 9 Pf. Netto M. 4.50.	
do. do. " 2 do. " 3.50.	

Thee.

Schwarzer Thee.

	10 Pf. 5 Pf.
M. & J.	M. & J.
Pecco-Blüthen in 1, 1 u. 1 Pf.-Pck. Stan.-Verp.	70— 35—
Pecco do. do.	60— 30—
Pecco-Souchong do. do.	50— 25—
Souchong do. do.	40.50 20.50
Sadi-Souchong do. do.	35— 18.50
Gongo, extrafein. do. do.	28.50 15—
do. feiner do. do.	24— 12.60

Grüner Thee.

	Compound in 1, 1 u. 1 Pf.-Pck. Stan.-Verp.
M. & J.	M. & J.
Gold-Thee do. do.	50— 25.50
Angel-Thee do. do.	40.80 21.50
Imperial do. do.	40.50 21—
Haytan do. do.	38— 20—
Tonkay do. do.	30— 15.60

Dampf-Chocoladen.

	M. & J.
No. 1. Vanille-Chocolade, extra fein in Tafeln pr. g	2.50
" 3. do. do. fein " " " 2—	
" 6. do. do. fein " " " 1.50	
" 1. Gewürz-Chocolade, feinste " " " 1.60	
" 3. do. do. feine " " " 1.30	
" 17. Vanille-Puder-Chocolade, feinste " " 2—	
" 19. do. do. feine " " " 1.60	
" 20. Gewürz- do. do. feine " " " 1.30	
" 39. Cacao-Pulver, feines " " " 2.80	
Chocolat praliné " " pr. 5 Pf.-Kiste 8.50	
do. à la crème " " " 5 " " 9—	
do. Mandel-praliné " " " 5 " " 10.50	
do. Fondants ast " " " 5 " " 8—	
Gefüllte Dessert-Chocoladen mit 20 verschiedenen Sorten Geschmack " " " 10.50	

Specialität. Caviar. Specialität.

	Nener diesjähriger.
M. & J.	M. & J.
Aral-Caviar grobkörnig Netto 2 Pfund	4 Pfund 8 Pfund
grobkörnig " 6.— M. 11.50 M. 22.50	
Els-Caviar grobkörnig Netto 1 Pfund	2 Pfund 4 Pfund 8 Pfund
grobkörnig " 2.50 M. 5.— M. 9.— M. 18.50	
Els-Caviar mittelförnig Netto 1 Pfund	2 Pfund 4 Pfund 8 Pfund
mittelförnig " 2.40 M. 4.50 M. 8.— M. 15.—	

Cigarren.

Nur Hamburger Fabrikat, in Mahagoni-Holzfästen verpakt.

	M. & J.	M. & J.
El Oriente (Havana non plus ultra) groß	200	20
La Sirena do. kräftig	150	16
La Incogitata do. mild	120	13
Flor de Ramisette do. do.	100	11
La Secreta do. do. mittel	94	10
La Carolina (Hav. m. Brasil) groß	85	9—
El Gueno (Zwischen-Alt) klein	65	6.50
La Rosa de Inglaterra, groß	60	6—
El Arte (Brasil) mittel	55	5.80
La Flor de Creta	50	5—
Uncle Tom's Fancy, mittel	40	4—

NB. Probe-Kisten à 25 Stück werden abgegeben.

Rauchtabak.

Nur Hamburger Fabrikat, in Beuteln verpakt.

	M. & J.	M. & J.
Oronoco-Hanauer in ½ Pf. u. auch lose in Beut.	30.50	18—
Gold- do. do.	30—	18—
Barinas- do. do.	25—	15—
Geschn. Barinas-Hanauer do. do.	18—	12—
Petit-Hanauer do. do.	16—	9.50
Muss-Muss do. do.	16—	9.50
Fin old mild do. do.	16—	9.50
Fein Portorico do. do.	14.50	8—
Maracaibo do. do.	14—	8—
Louisiana do. do.	10—	6—
Leichter Cuba do. do.	9—	5.50
Elch. schwarz. G.-Tabak do. do.	12—	7.50
Goldshag No. 0 do. do.	13.50	8—
do. " 1 do. do.	12—	7—
do. " 2 do. do.	10.50	6.50
Petum ff. do. do.	9.20	4.50

NB. Sämtliche Tabake werden schon in Packen à 1 Pfund abgegeben.

Wein und Spirituosen.

In 4 Liter-Fässern franco und zollfrei incl. Fässer.

	M. & J.
Bordeaux, 1. Qualit. à 4 Liter	5—
do. 2. " do. " 6.50	
do. 3. " do. " 7.20	
Pale Sherry, 1. " do. " 6.50	
do. 2. " do. " 7.50	
do. 3. " do. " 8—	
do. 2. " do. " 8 " à 1 do. " 6.50	
do. 3. " do. " 10 Pf.-Fäss. " 10 Pf. Netto	
do. 2. " do. " 12 " 3.50	
do. 3. " do. " 11.50	
Marsala, 1. " do. " 6.50	
do. 2. " do. " 8.40	
do. 3. " do. " 6.30	
do. 2. " do. " 7—	
do. 3. " do. " 8.50	
Madeira, 1. " do. " 8.40	
do. 2. " do. " 11.50	
Arrac, 1. " do. " 5.50	
do. 2. " do. " 7—	
Pale Cognac, 1. " do. " 7.80	
do. 2. " do. " 10 " 8.50	
Garten-Kartoffeln (Vers. v. März-Juni) " 10 do. " 2.50	
Champignons in Wasser à M.—90 und 1.50	
Jam. Rum, 1. " do. " 5—	
do. 2. " do. " 6.50	
do. 3. " do. " 7—	

(Obige feine Lissaboner Kartoffeln bitte nicht mit der gröberen,

